Auszug

aus der

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Hans Lewin.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Referent: Prof. Dr. G. Aubin.

1923

Kirchhain N.-L.
Buchdruckerei für fremde Sprachen Max Schmersow.

Moriz Mohl als Handelspolitiker.

Die vorliegende Arbeit versucht die handelspolitische Tätigkeit des bekannten württembergischen Nationalökonomen und Parlamentariers Moriz Mohl (1802—1888) zur Darstellung zu bringen. Sie sollen zeigen, wie sich die großen kommerziellen Reformbewegungen des vorigen Jahrhunderts innerhalb Deutschlands in den Gedanken dieses Mannes widerspiegeln, dessen Einfluß auf die deutsche Handelspolitik zwar nur von geringer Bedeutung war, der aber als treffendes Beispiel der mannigfachen geistigen Unterströmungen erscheint, die damals das Für und Wider wirtschaftlicher Maßnahmen vertraten.

Für Mohl waren in dieser Hinsicht ein engherziger Partikularismus und ein hartnäckiges Vorurteil gegen Preußen bestimmend, die seiner politischen Gesamteinstellung und seinen extremen schutzzöllnerischen Anschauungen entsprangen und ihn daher als erbitterten Gegner einer Verbindung mit dem freihändlerischen Preußen auftreten ließen. So bekämpfte er im Jahre 1832 als Unterhändler Württembergs bei den Zollvereinsverhandlungen die Gründung des deutschen Zollvereins, da ihm durch den zur Beratung vorliegenden Vertrag das Übergewicht Preußens nicht genügend eingeschränkt erschien, obwohl er keineswegs die Zolleinigung als solche ablehnte. Das hartnäckige Festhalten an seinem Standpunkte führte zu einem vollständigen Bruch zwischen ihm und der württembergischen Regierung, die sich in ihrem Vertrauen auf seine diplomatische Geschicklichkeit getäuscht sah und ihn von seinem Posten, der ihm bei erfolgreicher Ausführung des Auftrags eine glänzende Laufbahn gesichert hätte, abrief.

Während Mohl seine Ansichten bei den Zollvereinsverhandlungen durchaus selbständig entwickelt hatte, stand sein weiteres Wirken in hohem Maße unter dem Einfluß des Listschen „Nationalen Systems der politischen Ökonomie“ (1841). Dies zeigte besonders seine 1842 in der Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Artikelserie über die englische Spekulation auf Erhaltung der Hansestädte als Freihäfen und über die Grundsätze einer nationalen deutschen Handelspolitik, eine theore-

tische Abhandlung, die in dem sonst stets an das praktische Leben anknüpfenden Wirken Mohls eine Ausnahme darstellt. Wie List vertrat er hier den Gedanken der Ausdehnung des Zollvereins auf die Länder an den Mündungen des Rheins, auf Dänemark, Österreich usw. und betonte nachdrücklich die nationale Einigung, um durch die Zusammenfassung aller Kräfte bei der Durchführung handelspolitischer Maßnahmen wirkungsvoller auftreten zu können.

Dieselben Ideen verfocht er später als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung. Seine weitgehenden unitarischen Forderungen, die allerdings im Interesse Süddeutschlands und bei seiner Abneigung gegen Preußen auf eine von dem schutzzöllnerischen Österreich ausgehende Reichsgewalt gerichtet waren, konnten sich jedoch bei der anderen Zielen zustrebenden Versammlung kaum Widerhall verschaffen.

Der Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrages im Jahre 1862, dessen Geltung sich auf den ganzen Zollverein erstrecken sollte, und der in der Entwicklung des preußisch-deutschen Zollsystems den Übergang zum Freihandel darstellte, veranlaßte Mohl zu einer umfangreichen Gegenschrift, die als sein handelspolitisches Glaubensbekenntnis bezeichnet werden könnte. Er entwickelte dort seine Ansichten über Handelsverträge überhaupt, unterzog den Freihandel einer scharfen, aber einseitigen Kritik, die dem naturrechtlichen Grundgedanken dieses Systems in keiner Weise gerecht wurde, und wies den voraussichtlichen Untergang der zollvereinsländischen Industrie als Folge dieses Vertrages nach, indem er sich zahlreicher, aber nur im einseitig schutzzöllnerischen Sinne gehaltener Zuschriften aus Interessentenkreisen als Beleg bediente. Während er jedoch früher vollständig auf List fußte, stellte er sich hier in einigen Punkten in bemerkenswertem Gegensatz zu diesem. Z. B. erschienen List Handelsverträge als das wirksamste Mittel, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen nach und nach zu mildern und die Nationen dem freien Weltverkehr entgegenzuführen. Eine derartige, mit einem gewissen internationalen Einschlag versehene Schlußfolgerung war bei Mohl, dem die Zollfragen gleichbedeutend mit Nationalitätenfragen erschienen, ausgeschlossen, daher betrachtete er Handelsverträge zwischen den konkurrierenden europäischen Gewerbsstaaten als grundsätzlich verfehlte Maßregel. Auch der Listsche Gedanke des

Erziehungszolls, den Mohl 1848 noch eifrig vertrat, hatte einer anderen, allerdings sehr unklar entwickelten Anschauung Platz gemacht. Hiernach scheint es, als hätte sich Mohl für den dauernden Zollschutz entschieden, eine Vermutung, die durch seine Bewunderung der Merkantilisten Colbert und Friedrich II. noch gestärkt wird.

Trotz aller Rührigkeit unterlag Mohl in dem Kampf um Schutzzoll oder Freihandel. Wie 1832 mochte auch dieser Mißerfolg dazu beigetragen haben, sein Vorurteil gegen Preußen ins Ungemessene zu steigern. Als 1867 durch die Umgestaltung der Zollvereinsverfassung die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vervollständigt werden sollte, trat er als schärfster Gegner dieser Bestrebungen auf, trotzdem er bei jeder Gelegenheit die Idee der Schaffung eines großen handelspolitischen Körpers vertrat. Nichtsdestoweniger nahm er die Wahl zum Abgeordneten des deutschen Zollparlaments an, um vor den Vertretern des ganzen Volkes die „grundfalsche" Handelspolitik Preußens wirkungsvoller bekämpfen zu können. Hiermit waren die Richtlinien seines Wirkens im Zollparlament und im späteren Reichstag vorgezeichnet, die sich in einer wilden Agitation gegen jede Tarifermäßigung offenbarten, mochte diese auch durch die Lage des betreffenden Industriezweiges noch so gerechtfertigt erscheinen. Seine Bemühungen waren erfolglos; mit Ausnahme einiger weniger Artikel setzte die freihändlerische Mehrheit des Reichstags im Jahre 1873 fast völlige Zollfreiheit durch.

Die große Krisis dieser Jahre überging Mohl merkwürdigerweise mit Stillschweigen; um so lebhafter äußerte er seine Genugtuung, als 1878/79 auf Anregung Bismarcks der Umschwung der deutschen Handelspolitik zum Schutzzoll erfolgte. Mohl sah darin die Krönung seines Lebenswerkes; die alte Abneigung gegen das Preußentum war geschwunden. Daß gerade ein Preuße eine seinen Ansichten entsprechende Handelspolitik inaugurierte, mochte mit dazu beigetragen haben, ihn auch mit den staatsrechtlichen Verhältnissen im neuen Deutschland einigermaßen auszusöhnen. Kurz vor seinem Tode erklärte er, wenn ihm auch nicht alles im neuen deutschen Reiche gefiele, so könnte er der Entwicklung des gesamten öffentlichen Lebens doch freudig und dankbar zustimmen.